



Newsletter Serap Güler MdB



# Inflationäre Ampel Politik

## LIEBE MITBÜRGERINNEN UND MITBÜRGER,

Ich freue mich sehr über Ihr Interesse an meiner politischen Arbeit im Deutschen Bundestag. Mit diesem monatlichen Newsletter halte ich Sie zum Geschehen in der Berliner Politik, meinen Aufgabenbereichen im Parlament, meinem Ausschuss sowie meinem Wahlkreis auf dem Laufenden und informiere über meine öffentlichen Termine. Haben Sie Fragen oder Anliegen an mich? Dann wenden Sie sich jederzeit an [serap.gueler@bundestag.de](mailto:serap.gueler@bundestag.de)

Herzliche Grüße,

## DEUTSCHLAND BRAUCHT KLARHEIT IN UNSICHEREN ZEITEN

“Und da hilft uns Atomkraft gar nichts. Wir haben ein Wärmeproblem bzw. ein Industrieproblem, aber kein Stromproblem”, das hat der Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) Mitte Juli gesagt. Da war vielen schon klar, das, was unsere Regierung uns da erzählt, stimmt so nicht. Auch ich wurde in der Sommertour immer wieder mit diesen Worten konfrontiert und gefragt, wie diese Analyse der Ampel-Regierung zustande kommt. Bis heute kann ich mir nicht erklären, wie das oben genannte Zitat zustande gekommen ist, denn schon im Juli wussten alle, dass wir in einer Energiekrise stecken, die sowohl Wärme bzw. Gas als auch Strom betreffen.



Foto: Laurence Chaperon

Das “vor und zurück” der Bundesregierung kennen wir in der Zwischenzeit alle gut genug. Erst wurde die Gasumlage angekündigt, dann ein Streckbetrieb für die Kernkraft beschlossen, und einen Monat später ist doch wieder alles anders. Einen Tag vor Beginn der Gasumlage wird diese zurückgenommen, nebenbei werden die Energieversorger und Stadtwerke mit der Frage der Umsetzbarkeit vollkommen allein gelassen, und die Atomkraftwerke werden jetzt auch länger laufen und nicht nur als Reserve vorgehalten. Dieses ständige Wechseln der Regierungsrichtung wird für unser Land zunehmend ein Problem. Über die Notwendigkeit und Richtigkeit einzelner Maßnahmen kann man immer streiten, als

Opposition müssen wir das auch, es ist der Kern unserer Aufgabe. Aber was für das Land aktuell schwierig ist, ist, wenn diese Maßnahmen ständig beschlossen und wieder zurückgenommen werden. Wenn man eine Richtung einschlägt muss man die auch im Großen und Ganzen beibehalten. Fehler passieren, auch unserer Regierung sind in den letzten 16 Jahren Fehler unterlaufen. Aber ein ständiges Wirtschafts- und energiepolitisches Hin und Her kann sich das Land als führende Industrienation in Europa nicht leisten. Was dieses Land braucht, ist eine Regierung, die das Nötige tut, die geeint handelt, die in Zeiten der Unsicherheit nicht noch täglich zusätzliche Verunsicherungen schafft.

# Neues aus dem Bundestag

## 200 MILLIARDEN - SONDERSCHULDEN ALS ABWEHRSCHEM

Mit der Ankündigung der Bundesregierung, einen "Wirtschaftlichen Abwehrschirm gegen die Folgen des russischen Angriffskrieges" mit einem Volumen von bis zu 200 Mrd. Euro einzuführen, erfährt die bisherige Regierungsrichtung wieder eine vollkommene Umkehr. So wurden gemeinsam mit der Ankündigung die Beschlüsse zur Streichung der Gasumlage und zur Einführung einer Gaspreisbremse bekannt. Die



vorgesehene Reduzierung der Umsatzsteuer auf Gas hat aber weiterhin Bestand.

In den letzten Wochen und Monaten haben wir immer wieder die Aufhebung der Gaspreismulage gefordert. Auch eine wirksame Entlastung der Bürger und Unternehmen angesichts hoher Energiekosten durch neue Preisdeckel und Absenkungen von Steuern haben wir immer wieder gefordert. Bisher hatte die Bundesregierung unsere Forderungen immer strikt abgelehnt und folgt nun - in großen Teilen - den Forderungen schließlich doch. Doch leider hat die Ampel-Regierung mit dem Beschluss wieder kein schlüssiges Gesamtkonzept vorgelegt. Bisher ist nur der Umfang der Finanzierungsseite angekündigt, die Ausgestaltung der jeweiligen Maßnahmen ist bisher noch völlig unklar. Immerhin:

Unser Druck als größte Oppositionspartei im Bundestag hat insofern gewirkt, dass die Ampel die verkorkste Gaspreismulage wieder abschafft. Diesen Fehler haben die Regierungsparteien leider erst einen Tag vor Beginn dieser Maßnahme eingesehen, so lassen die zuständigen Minister die Energieversorgungsunternehmen wieder im Stich.

Außerdem müssen wir zunehmend auf der Finanzierungsseite aufpassen. Die Summe der von der Ampel in diesem Jahr beschlossenen Schattenhaushalte und Sondermaßnahmen nähert sich mit dem Volumen eines ganzen Bundeshaushaltes an. Eine solide und nachhaltige Haushaltsführung sieht anders aus. Klar ist aber auch, dass Entlastungen für das Land aktuell wichtiger sind, um etwaige schlimmere Folgen abfedern zu können.

## AMPEL VERTEUERT FERNWÄRME UND MÜLL

Mit der ersten Lesung des neuen Gesetzes zum Brennstoffhandel (BEHG) setzt die Ampel-Regierung ihren gefährlichen Weg der Verteuerung weiter fort. Kern des Problems ist die Einführung des CO<sub>2</sub>-Preises für Müllverbrennungsanlagen. Damit wird diese Branche in einer der schwierigsten Zeiten unserer Geschichte mit



Foto: CDU

weiteren Maßnahmen belastet. Statt die durch die Energiekrise angetriebene Inflation auszubremsen, feuert die Bundesregierung diese weiter an. Die CO<sub>2</sub>-Bepreisung der thermischen Abfallbehandlung wird zu weniger Energiebereitstellung führen und Wärme weiter verteuern. Insgesamt also eine Belastung für die Bürgerinnen und Bürger, die zur vollkommen falschen Zeit kommt.

## UNIPER UND STADTWERKE STÜTZEN

Da die Lieferungen von Gas aus Russland in der Zwischenzeit vollkommen eingebrochen sind, hat die Bundesregierung beschlossen, den größten Gashändler in Deutschland, Uniper, zu verstaatlichen. Mit dieser Maßnahme soll die Insolvenz des Unternehmens abgewendet werden.



Die Verstaatlichung ist besonders vor dem Hintergrund der Stellung des Unternehmens im Energiemarkt in Deutschland wichtig. Uniper beliefert mehr als 100 Stadtwerke und große Unternehmen und steht für 40 Prozent der deutschen Gasversorgung. An den Stadtwerken hängen unsere Kommunen, deren Haushaltsführung und Finanzierung in der aktuellen Krise ohnehin schon schwierig genug ist. Aus diesem Grund warnte der Deutsche

Städtetag auch in den vergangenen Tagen und Wochen immer wieder vor einer Pleitewelle der Stadtwerke und kommunalen Energieversorgungsunternehmen. Die stark gestiegenen Energiepreise bringen viele Stadtwerke in ernste Bedrängnis. Die Stadtwerke sind für die Basisinfrastruktur und die Grundversorgung zuständig, wenn diese ausfallen, dann steht die Frage im Raum, wer diese Versorgung gewährleisten kann.

Außerdem wird mit dem Gewinn aus den Stadtwerken in vielen Kommunen der ÖPNV, Schwimmbäder oder Kulturveranstaltungen finanziert. Die Bundesregierung muss deshalb alles dafür tun, um die kommunalen Energieversorger vor einer Insolvenz zu bewahren. Mit den beiden Bremsen für Gas- und Strompreise ist ein erster wichtiger Schritt gegangen. Dennoch muss die Bundesregierung weitere Maßnahmen zum Schutz der deutschen Energieunternehmen vorbereiten, um im Fall der Fälle schnell Unterstützung bereitzustellen zu können. Die Einkaufspreise am Energiemarkt stellen diese nämlich schon jetzt vor große Herausforderungen, die wir erst kommendes Jahr spüren werden.

## “LANG LEBEN DIE IRANISCHEN FRAUEN”



Foto: James Zabel

Mit diesem Satz hat der iranische Fußballspieler Sardar Azmound in den sozialen Medien als erster Nationalspieler klar Position für die Demonstrationen gegen das Regime in Teheran bezogen. Seit dem Tod der 22-jährigen Mahsa Amini am 16. September wird das Land von Unruhen erschüttert. Amini wurde zunächst wegen eines angeblich zu locker sitzenden

Kopftuchs inhaftiert und anschließend vermutlich zu Tode geprügelt.

Als CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag stehen wir fest an der Seite der iranischen Frauen, die für ihre Rechte auf die Straßen gehen und massiver Gewalt und Repressionen ausgesetzt sind. Dass es immer wieder zu Todesfällen kommt, zeigt die Härte und Art der Gewalt der iranischen Sicherheitsorgane. Das dies durch das Regime geduldet und gefördert wird, ist ein Umstand, der für uns nicht akzeptabel ist. Die Bundesregierung muss alles unternehmen, um Frauen im Iran auf politischem und diplomatischem Wege zu helfen. Die bisherigen Äußerungen der Bundesregierung und insbesondere der Außenministerin Annalena Baerbock war-

en dabei zu dürr und entsprechen sicherlich nicht unseren Ansprüchen gegenüber Frauenrechten. Wer als Außenministerin feministische Außenpolitik machen möchte, muss den mutigen Frauen im Iran jede Unterstützung zukommen lassen. Dazu gehören sicherlich auch deutliche Worte gegenüber der Führung in Teheran. Das Regime muss die Härte der internationalen Gemeinschaft spüren.

Den Frauen im Iran und allen an den Demonstrationen beteiligten möchte ich unsere tiefe Anteilnahme, Verbundenheit und Solidarität ausdrücken. Im Iran zu demonstrieren und seine Meinung frei auszudrücken erfordert unfassbaren Mut, denn viele riskieren dabei ihr Leben.

## UPDATE: KINDERSCHUTZ IM INTERNET

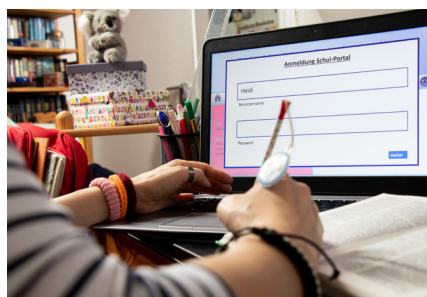
In den vergangenen Ausgaben des Newsletters habe ich über unsere Forderung nach einer IP-Adress-Speicherung zur Sicherung digitaler Beweismittel berichtet. Diese Maßnahme kann einer der Grundsteine bei der Bekämpfung des sexuellen Kindesmissbrauchs im Internet abbilden. Am 20. September hat nun der Europäische Gerichtshof (EuGH) in einem Urteil festgestellt, dass eine befristete allgemeine und unterschiedslose Speicherung von IP-Adressen stets zulässig sein kann. Mit diesem Urteil des EuGH ist nun klar: Eine befristete Speicherung von IP-Adressen zur besseren Aufklärung und Verfolgung von sexuellem Missbrauch an Kindern und Jugendlichen ist zulässig.



Die Bundesregierung und allen voran Bundeskanzler Scholz haben nun keine Ausreden mehr und müssen endlich für eine schnelle rechtssichere Regelung sorgen. Der von dem EuGH zulässige Spielraum muss voll ausgeschöpft werden. Stets zum Schutz der Kinder und Jugendlichen.

## FOLGEN DER CORONA PANDEMIE

Die Corona-Pandemie und die erforderlichen staatlichen wie gesamtgesellschaftlichen Gegenmaßnahmen haben Kinder und Jugendliche in Deutschland erheblich in ihrer persönlichen Entwicklung eingeschränkt und benachteiligt. Erste Erkenntnisse aus der Bildungsforschung zeichnen immer stärkere Konturen, wie tiefgreifend und schwerwiegend die Folgen und Auswirkungen der Pandemie auf den Schultern von Kindern und Jugendlichen lasten.



Fotos: CDU/Christiane Lang

Vor diesem Hintergrund hält die CDU/CSU Bundestagsfraktion die Entscheidung der Bundesbildungsministerin, das Aktionsprogramm "Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche" mit Blick auf die Lernförderung ersatzlos auslaufen zu lassen, für verantwortungslos und die völlig falsche Wahl. Die Ministerin und die Bundesregierung müssen endlich auf-

hören, sich wegzuducken und Verantwortung übernehmen. Kinder und Jugendliche in ganz Deutschland müssen dringend beim Aufholen von Lernrückständen und zur Milderung von psychosozialen Folgen der Pandemie weiter unterstützt werden. Dazu muss kurzfristig gemeinsam mit den Ländern die Verhandlung zu einem besseren Förderprogramm aufgenommen werden. Alternativ soll das bestehende Programm für die Jahre 2023-2024 verlängert werden.

Außerdem muss dringend eine digitale Aufholstrategie beschlossen werden. Im Mittelpunkt sollen hierbei alternative Lernansätze stehen, etwa aus dem Bereich der Gamification, sprich der spielerischen Vermittlung von Lerninhalten, sowie innovativer Unterrichtskonzepte. Etwaige Ansätze können einen Beitrag leisten, die Motivation von Lehrerinnen und Lehrern sowie eine individuellere Beschulung noch stärker anzuregen. Wir sind die zusätzliche Förderung und die neuen Investitionen den Kindern und Jugendlichen schuldig.

Auch vor dem Hintergrund kommender Generationen und anderen Krisensituationen müssen wir die gemachten Erfahrungen verstetigen und unsere Lehren aus der Krisenzeit ziehen.

# Krieg in der Ukraine

## AKTUELLER STAND IN DER UKRAINE



Seit mehr als einem halben Jahr kämpfen die Ukraine für ihre Freiheit als demokratischer Staat in Europa. Die bisherige Entwicklung des Krieges kann man grob in drei Abschnitte unterteilen. Mit dem Sieg der Ukraine in der Schlacht um Kiew endete grob gesprochen der erste Abschnitt. Nachdem die russischen Kräfte sich aus dem Umland Kiews und dem Norden des Landes zurückgezogen

haben, konzentrierten sich die Kräfte auf den Osten des Landes in den Gebieten Donezk und Luhansk. Konnten die Ukrainer diese Gebiete anfangs noch verteidigen, mussten sie sich nach der Konzentration der russischen Kräfte immer weiter zurückziehen. So gingen bis Juli wichtige Städte verloren. Doch auch dieser Abschnitt des Krieges ist vorbei.

Der neue Abschnitt ist geprägt durch groß angelegte Gegenoffensiven der ukrainischen Streitkräfte. Nachdem immer wieder Offensiven im Süden des Landes angekündigt und auch begonnen wurden, startete, für alle überraschend, eine sehr erfolgreiche Gegenoffensive im Bereich Charkiw. Die Ukrainer drangen Anfang

September weit ins russisch besetzte Gebiet vor und vertrieben die russischen Truppen. Damit konnten viele Städte und Dörfer, die seit Ende März besetzt waren, befreit werden.

Die Offensive der Ukraine war auch dank der durch den Westen gelieferten Kampfsysteme erfolgreich. Nicht zuletzt auch wegen der durch Deutschland gelieferten Systeme Gepard und Panzerhaubitze 2000. Darauf sollten wir uns aber nicht ausruhen. Die Ukraine braucht dringend weitere Unterstützung und Lieferungen von schwerem Gerät. Schützen- und Transportpanzer sind dabei besonders wichtig, damit Soldaten vor feindlichem Beschuss geschützt werden können.

## PANZER DEBATTE IN DEUTSCHLAND

Kaum eine Debatte in Deutschland ist so aufgeladen wie die Diskussion rund um die Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine. Während die Bundesregierung zunächst die Lieferung dieser Waffensysteme ausschloss, wurde im Mai die Regierungsposition revidiert.



Wichtige Systeme wie der Flugabwehrpanzer GEPARD konnten von der Rüstungsindustrie in die Ukraine geliefert werden und auch unmittelbar aus der Bundeswehr wurden schwere Waffen geliefert. 14 Panzerhaubitzen PzH 2000 wurden aus den Beständen der Bundeswehr bereitgestellt, um die Übermacht der russischen Artillerie etwas entgegen setzen zu können. Gerade in den Monaten des zweiten Kriegsabschnittes und der damit einhergehenden Fokussierung auf den Osten des Landes, wurden die ukrainischen Soldaten jeden Tag mit tausenden Schuss Artillerie überzogen. Dieser Beschuss hat zu großen Verlusten geführt und konnte auf Grund

des Mangels an adäquaten Waffensystemen nicht erwidert werden. Mit dem Übergang in den dritten Abschnitt des Krieges, der Durchführung von Gegenoffensiven im Osten und Süden des Landes, hat sich der Bedarf des ukrainischen Militärs an schweren Waffen allerdings wieder verschoben. Um Offensiven durchführen zu können sind vor allem gepanzerte Fahrzeuge, also Transport oder Schützenpanzer wichtig. Auch moderne Kampfpanzer werden benötigt um den vorrückenden Soldaten die nötige Feuerkraft zu geben.



Für uns als CDU/CSU Bundestagsfraktion war dabei immer klar, dass, wenn wir diesen Bedarfen entgegenkommen wollen, dabei immer primär auch eine Schwächung des eigenen Bestandes in der Bundeswehr vermieden werden muss. In Deutschland ist nicht nur die Bundeswehr im Besitz von Schützen- oder Kampfpan-

zern. Auch die Industrie hat zahlreiche Systeme eingelagert und kann diese nach einer Aktivierung und Überarbeitung zur Verfügung stellen. Nicht zuletzt die wichtigen Schützenpanzer Marder sind bei der Industrie vorhanden und werden bereits seit Beginn der russischen Invasion proaktiv in Stand gesetzt.

Deshalb haben wir zuletzt im Bundestag auch den Antrag gestellt, Kampf- und Schützenpanzer westlicher Bauart zu liefern. Doch statt diesem Vorhaben zu folgen, versteckt sich die Bundesregierung weiter hinter Ausflüchten und hinter vermeintlichen Absprachen mit unseren westlichen Partnern, die es offensichtlich nicht gibt. Zögern und Zaudern ermutigt Putin und schwächt die ukrainische Armee. Obwohl die regierenden Ampelparteien zuletzt immer wieder die Führungsrolle Deutschlands in Europa betont haben, verstecken sie sich bei konkreten Maßnahmen hinter den anderen Partnern.

Eine konzertierte Unterstützung aller Verbündeten mit der Lieferung von westlichen Kampf- und Schützenpanzern aus den Beständen der Industrie ist nach unserer Auffassung der jetzt notwendige Beitrag zum möglichst schnellen Ende dieses Angriffskrieges.

# Neues aus der Bundeswehr

## BESUCH BEI DER DIVISION SCHNELLE KRÄFTE



Foto: Hans-Hermann Bühling

Gemeinsam mit dem ehemaligen Parlamentarischen Staatssekretär bei der Bundesministerin der Verteidigung, Dr. Peter Tauber, habe ich den Stab der Division Schnelle Kräfte in Stadtallendorf und das Kampfhubschrauberregiment 36 in Fitzlar besucht. Die Division Schnelle Kräfte ist maßgeschneidert für mögliche Einsätze im nationalen und internationalen Wirkverbund. Ihr Auftrag, ihre Ausbildung und ihre Ausrüstung befähigt die Soldatinnen und Soldaten zu militärischen Evakuierungsoperationen, Luftbewegliche Operationen und das Führen von schnellen Anfangsoperationen. Ein Teil der Division Schnelle Kräfte ist auch

das Kommando Spezialkräfte (KSK). Die Spezialkräfte des Heeres gelten als die am besten ausgebildeten Soldaten des Heeres.

Ein Einsatz der DSK aus dem vergangenen Jahren ist vielen in unserem Land bekannt. Mit der Evakuierungsoperation aus Kabul im Juni vergangenen Jahres haben die Soldatinnen und Soldaten der DSK einen mustergültigen Einsatz abgeliefert. Im Anschluss konnte ich mich noch von den Fähigkeiten der Pilotinnen und Piloten des Kampfhubschrauberregiments 36 in Fitzlar überzeugen. Die Piloten und Ingenieure sind hoch motiviert und bestens ausgebildet, um die täglichen Herausforderungen und ihren Auftrag im Ernstfall bewältigen zu können. Nicht immer spielt dabei allerdings das Material, der Kampfhubschrauber Tiger, eine rühmliche Rolle. Zwar konnte ich bereits bei der Anfahrt zwei Kampfhubschrauber in Aktion sehen, dies ist allerdings leider nicht immer der

Regelfall. Viele der Modelle befinden sich in häufig in der Instandhaltung und sind nicht einsatzbereit. Darunter leidet zum einen die Einsatzbereitschaft der Truppe und zum anderen der Ausbildungsstand der Pilotinnen und Piloten. Angesichts der aktuellen Situation in Europa und in der Ukraine können wir uns diesen Umstand als starkes Land im Herzen von Europa nicht mehr leisten. Wir müssen wieder mehr in die Truppe investieren und die Nachfolge bzw. Weiterentwicklung der maroden Systeme in der Bundeswehr angehen. Vielen Dank an Oberst Steinhäus, Oberst Schmuck und ihre Teams für den spannenden Tag und den offenen Austausch.



## BESUCH SPORTSCHULE BW

Die Sportschule der Bundeswehr ist eine einzigartige Dienststelle der Streitkräftebasis. Die Sportschule ist die zentrale Ausbildungsstätte für die Ausbildung von Soldatinnen und Soldaten zu Übungsleitern, Ausbildern der militärischen Fitness und Fachsportleitern im Themenfeld Sport und körperliche Leistungsfähigkeit.



Die durch die Sportschule fortgebildeten Soldatinnen und Soldaten sind anschließend verantwortlich für die Ausgestaltung der sportlichen Aktivitäten in der Truppe selbst. Gerade die körperlichen Herausforderungen für den zukünftigen Soldaten der Bundeswehr werden immer weiter steigen und sind anders als eine "allgemeine" körperliche Fitness.

Neben der Ausbildung von Trainern der Bundeswehr umfasst der Auftrag auch die Förderung des Militärsports und die Unterstützung des Spitzen- und Breitensports. Viele unserer Medalliensieger in nationalen und internationalen Wettbewerben sind Teil des Teams Bundeswehr und finden an der Sportschule in Warendorf beste Trainingsvoraussetzungen und infrastrukturelle Voraussetzungen. Dies ist besonders vor dem Hintergrund der geringen Medalliensiege in den vergangenen Olympischen Spielen wichtig.



Zusätzlich unterstützt die Sportschule präventive, regenerative und rehabilitative Maßnahmen zur Wiederherstellung und Steigerung der Körperlichen Leistungsfähigkeit. Dazu gehören unter anderem auch Maßnahmen der Sporttherapie

nach Einsatzschädigung. Dabei können Soldatinnen und Soldaten im Rahmen eines mehrtägigen Aufenthaltes in Warendorf gemeinsam als Gruppe verschiedene Angebote im Breitensport annehmen und werden dabei von Betreuern und Psychologen begleitet. Im Gespräch mit einer Gruppe konnte ich mich mit einigen Soldatinnen und Soldaten austauschen und deren Erfahrungswerte für dieses Programm bekommen. Auf Grund der Vertraulichkeit des Gesprächs möchte ich nicht zu sehr ins Detail gehen, kann aber sagen, dass die Arbeit des Standortes Warendorf in diesem Themenfeld hoch angesehen wird und die Programme den Betroffenen bei der Verarbeitung und Therapie der Krankheiten sehr helfen.

Besonderer Dank gilt an dieser Stelle wie immer allen Soldatinnen und Soldaten, die am Standort Warendorf ihren Dienst versehen und die vielen wichtigen Angebote für die Truppe schaffen. Vielen Dank auch an Oberst Rüdiger Jorasch und Team für die detaillierte Führung und das ehrliche Gespräch, auch zu schwierigen Themen.

# Neues aus unserer CDU

## DEMOKRATIE PUR AUF UNSEREM PARTEITAG



Endlich wieder ein Parteitag live und in Farbe. Endlich wieder von Angesicht zu Angesicht für Mehrheiten streiten und die vielen Parteikolleginnen und Parteikollegen aus dem ganzen Land treffen. Das Wochenende in Hannover hat gezeigt, dass wir als Partei noch lange nicht am Ende unserer Geschichte stehen. Viele Kommentare haben nach der Bundestag-

swahl uns zugerufen, dass wir als Union nicht mehr zeitgemäß wären. Unsere Inhalte, Mitglieder und Parteikultur seien angestaubt und Diskussionen hätte es schon lange nicht mehr gegeben. Aber Jeder, der diesen Parteitag erlebt oder mitverfolgt hat, weiß, dass alledem nicht so ist. In Hannover haben wir unter Beweis gestellt, dass wir diskutieren, streiten und gemeinsam Positionen finden können. Mit dem Start zu unserem neuen Grundsatzzprogramm stehen wir dabei erst am Anfang von vielen weiteren Debatten.

Besonders gefreut hat es mich, dass wir uns als CDU für ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr ausgesprochen haben. Die Vorteile liegen für mich auf der Hand:

es stärkt den Zusammenhalt, es trägt zur Widerstandsfähigkeit unserer Gesellschaft bei und es bringt Menschen zusammen, die sich im normalen Alltag oder im freiwilligen Jahr nie auf Augenhöhe begegnen würden. Jeder der Erfahrungen mit dem aktuellen Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) gemacht hat, weiß wovon ich spreche, wenn ich sage, dass der Querschnitt der Gesellschaft in diesem Programm nicht abgebildet wird. Das verpflichtende Jahr stärkt deshalb meiner Meinung nach nicht nur das Einfühlungsvermögen, sondern holt Menschen aus ihren "Blasen" und konfrontiert sie mit anderen Lebenswirklichkeiten. Un eine stärkere gesellschaftliche Widerstandsfähigkeit wird aktuell immer wichtiger.

## DISKUSSIONEN VOR ORT

Ich bin immer wieder begeistert, mit welchem Engagement unsere Mitglieder an der Basis oder interessierte Bürgerinnen und Bürger an politischen Diskussionen teilnehmen und die Politik in unserem Land mitgestalten. Die Zeit während der Corona-Pandemie hat uns als Politik und Partei viele solcher Debatten und Veranstaltungen gekostet. Umso mehr hat es mich im Rahmen des neuen Grundsatzzprogrammes gefreut, bei vielen Kreis- oder Stadtverbänden in unserer Region an Veranstaltungen teilnehmen und mitzudiskutieren zu können. Die Ideen, die bei solchen Diskussionen von den Mitgliedern kommen, sind wichtige Impulse für meine Arbeit in der Kommission oder für die Arbeit im Deutschen Bundestag.

Als Abgeordnete dürfen wir nie die Wirkung der Berliner Politikblase unterschätzen und müssen versuchen, nah

bei den Leuten vor Ort zu sein. Deshalb habe ich mich zuletzt auch sehr gefreut, dass ich unter anderem die CDU im Rheinisch-Bergischen Kreis besuchen konnte, um auf dem Kreisparteitag mit den Mitgliedern zu diskutieren.







Eine andere Debatte, die aktuell natürlich überall in Deutschland geführt wird, ist die Diskussion rund um den russischen Überfall auf die Ukraine. In Odenthal durfte ich auf Einladung des dortigen CDU-Stadtverbandes an einem Sonntag

mit rund 50 interessierten Mitgliedern und Bürgern zu den Folgen und Lehren dieses verbrecherischen Krieges diskutieren. Beginnend bei dem Thema Waffenlieferungen haben wir knapp zwei Stunden gemeinsam über die Politik der Bundesregierung und die Vorschläge der CDU/CSU-Fraktion gesprochen. Die Debatte hat gezeigt, dass viele Bürgerinnen und Bürger die Politik und die Entscheidungen der Ampel-Koalition nicht verstehen oder nachvollziehen können. Das betrifft nicht zuletzt auch Entscheidungen zur deutschen Energiepolitik.



### Medien & Netzwerk

 [www.serapgueler.de](http://www.serapgueler.de)  
 @serapgueler  
 @sgueler  
 @SerpGueler

### Impressum

#### Herausgeber:

Serap Güler MdB  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

#### Kontakt:

Mail:  
[serap.gueler.wk@bundestag.de](mailto:serap.gueler.wk@bundestag.de)

#### V.I.S.D.P.:

Jonas Dankert  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin